

Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im deutschen, europäischen und internationalen Recht

unter besonderer Berücksichtigung von gentechnisch
hergestellten Lebensmitteln und von Lebensmitteln aus
ökologischer Landwirtschaft

von Dr. Otmar Lell

ERICH SCHMIDT VERLAG

Inhaltsübersicht

Vorwort		5
Inhaltsübersicht		7
Inhaltsverzeichnis		9
Einleitung		29
Erster Teil:	Allgemeine Rechtsfragen umweltbezogener Produktkennzeichnungen	33
Kapitel 1:	Produktkennzeichnungen als Mittel zur Förderung nachhaltiger Konsummuster	35
Kapitel 2:	Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im deutschen Verfassungsrecht	54
Kapitel 3:	Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im deutschen Wettbewerbsrecht	88
Kapitel 4:	Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im EG-Recht	122
Kapitel 5:	Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im Welthandelsrecht	153
Zweiter Teil:	Die Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln	205
Kapitel 1:	Gentechnisch hergestellte Lebensmittel vor dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung	207
Kapitel 2:	Gentechnisch hergestellte Lebensmittel aus Sicht der Verbraucher	220
Kapitel 3:	Allgemeine Fragen der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch hergestellte Lebensmittel	228
Kapitel 4:	Die Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln im EG-Recht	243

Inhaltsübersicht

Kapitel 5:	Auswirkungen der Kennzeichnungspflicht auf das deutsche Recht	272
Kapitel 6:	Die Kennzeichnung von „gentechnikfreien“ Lebensmitteln	279
Kapitel 7:	Die Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln aus Sicht des Völkerrechts	296
Kapitel 8:	Lösung des Konflikts um die Gentechnik durch Kennzeichnung? *	311
Dritter Teil:	Die Kennzeichnung von Lebensmitteln aus ökologischer Landwirtschaft	315
Kapitel 1:	Die ökologische Landwirtschaft vor dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung	317
Kapitel 2:	Ökologisch hergestellte Lebensmittel aus der Sicht der Verbraucher.	325
Kapitel 3:	Kennzeichnungskonzepte für Öko-Lebensmittel.	332
Kapitel 4:	Die Kennzeichnungsvorschriften der EG-Öko-Verordnung	336
Kapitel 5:	Auswirkungen der Öko-Verordnung auf das deutsche Recht	352
Kapitel 6:	Die Kennzeichnung von Öko-Lebensmitteln aus Sicht des Völkerrechts	366
Kapitel 7:	Nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung durch Kennzeichnung?	372
Ergebnisse in Thesen		375
Anhang:	Graphische Darstellungen umweltbezogener Produktkennzeichnungen	383
Abkürzungsverzeichnis		387
Literaturverzeichnis		392
Verzeichnis sonstiger Quellen		413

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	9
Einleitung	29
Erster Teil: Allgemeine Rechtsfragen umweltbezogener Produktkennzeichnungen	33
Kapitel 1: Produktkennzeichnungen als Mittel zur Förderung nachhaltiger Konsummuster	35
A. Die Veränderung der Konsummuster als politisches Handlungsfeld	35
I. Das Ziel nachhaltiger Kpnsummuster	35
II. Instrumente zur Förderung nachhaltiger Konsummuster	37
B. Umweltbezogene Verbraucherinformation als Instrument der Konsumsteuerung ••	38
I. Umweltbezogene Verbrauchennformation in den Dokumenten von Rio und Johannesburg	38
II. Möglichkeiten und Grenzen einer Konsumsteuerung durch Verbraucherinformation	39
1. Divergenzen zwischen Umwelteinstellungen und Umweltverhalten	39
2. Divergenzen zwischen den Informationsinteressen der Verbraucher und den Zielen staatlicher Informationspolitik	40
3. Divergenzen zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Zielen staatlicher Informationspolitik	41
C. Ausgestaltung von umweltbezogenen Produktkennzeichnungen	42
I. Der Begriff umweltbezogener Produktkennzeichnungen	42
II. Vor- und Nachteile des engen Produktbezugs	42
III. Kriterien umweltbezogener Kennzeichnungssysteme	43
1. Zusammenfassende Bewertungen der Umweltverträglichkeit	44
2. Hervorhebung einzelner Umwelteigenschaften	44

D. Rechtliche Regelungen von freiwilligen und verpflichtenden Kennzeichnungen	45
I. Freiwillige Kennzeichnungen	45
1. Erscheinungsformen	45
a) Firmeneigene Kennzeichnung	45
b) Kennzeichnungen von dritter Seite	46
c) Hinweise auf Testergebnisse von Warentests	47
2. Rechtliche Regelung von freiwilligen Kennzeichnungen	47
a) Negative Informationspflichten	47
b) Staatliche Umweltzeichen	48
II. Kennzeichnungspflichten	49
1. Erscheinungsformen	49
a) Hinweispflichten auf Gefahren	49
b) Kennzeichnungspflichten zur Herstellung von Transparenz	50
c) Warnungen vor umwehe oder gesundheits-schädlichen Produkten	51
2. Rechtliche Regelung von Kennzeichnungspflichten:	
Positive Informationspflichten	52
E. Zusammenfassung zu Kapitel 1	53
Kapitel 2: Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im deutschen Verfassungsrecht	54
A. Umweltbezogene Produktkennzeichnungen zwischen grundrechtlichen Abwehrrechten und Schutzpflichten	54
B. Erfüllung der grundrechtlichen Schutzpflichten durch umweltbezogene Produktkennzeichnungen?	56
C. Die Grundrechte der Anbieter als Abwehrrechte gegen umweltbezogene Kennzeichnungsregelungen	58
I. Betroffene Grundrechtspositionen	58
1. Eigentums-garantie, Art. 14 Abs. 1 GG	58
2. Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG	59
3. Meinungsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 GG	60
II. Grundrechtseingriff durch Um'weltzeichensysteme?	61
1. Zuordnung gemischt staatlich-privater Umweltzeichen	61

a) Der Kreis der Grundrechtsverpflichteten nach Art. 1 Abs. 3 GG	61
b) Abstrakt-generelle Entwicklung der Vergabekriterien	62
c) Konkret-individuelle Vergabeentscheidung	64
2. Wettbewerbsnachteile in Folge eines staatlichen Umweltzeichensystems als Grundrechtseingriff?	65
a) Grundrechtseingriff bei nur mittelbaren Belastungen	65
b) Die Rechtsprechung zur Eingriffsqualität von staatlichen Informationen	66
c) Inanspruchnahme hoheitlicher Autorität als Kriterium für die Eingriffsqualität staatlichen Informationshandelns	68
d) Eingriffsqualität verschiedener Formen staatlichen Informationshandelns	71
e) Eingriffsqualität eines staatlichen Umweltzeichensystems	73
III. Rechtfertigung von Einschränkungen der Wettbewerbsfreiheit aufgrund von umweltbezogenen Kennzeichnungsregelungen	73
1. Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip	73
2. Der grundrechtliche Gesetzesvorbehalt bei staatlichen Umweltzeichen	74
3. Umwelt- und Gesundheitsschutz als Rechtfertigungsgrund	76
a) Das Vorsorgeprinzip	76
b) Verhältnismäßigkeit im Übrigen	79
4. Der Schutz der Informationsinteressen der Verbraucher als Rechtfertigungsgrund	79
a) Der Schutz der Informationsinteressen der Verbraucher als verfassungslegitime Zielsetzung	79
b) Verhältnismäßigkeit	80
D. Die Informationsfreiheit der Verbraucher als Abwehrrecht gegen umweltbezogene Kennzeichnungsregelungen	81
I. Eingriff in die Informationsfreiheit durch Irreführungsverbote	81
II. Eingriffe in die negative Informationsfreiheit durch aufgedrängte Informationen	82
E. Bezüge zwischen unterschiedlichen Zielsetzungen umweltbezogener Kennzeichnungsregelungen	83
I. Umwelt- und Gesundheitsschutz und die Informationsbedürfnisse der Verbraucher als sich ergänzende Zielsetzungen	83
II. Divergierende Risikoabschätzung der Verbraucher als Rechtfertigungsgrund für Kennzeichnungsregelungen	84
F. Zusammenfassung zu Kapitel 2	86

Kapitel 3:	Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im deutschen Wettbewerbsrecht	88
A.	Der Schutzzweck des Wettbewerbsrechts	88
I.	Allgemeines	88
II.	Umwelt als Schutzgut des Wettbewerbsrechts	89
III.	„Strengeprinzip“ bei der Umweltwerbung	91
B.	Das Irreführungsverbot nach § 3 UWG	92
I.	Wettbewerbsverhältnis	92
II.	Angabe	93
III.	Irreführungsquote	94
1.	Generelle Irreführungsquote	94
2.	Abweichende Irreführungsquote in der Umweltwerbung?	95
a)	Übertragung der geringen Irreführungsquote aus der Gesundheitswerbung auf die Umweltwerbung?	95
b)	Erhöhung der Irreführungsquote für die Umweltwerbung?	96
c)	Erhöhung der Irreführungsquote bei falschem Verständnis einer objektiv richtigen Angabe	96
IV.	Irrige Vorstellungen	98
1.	Begriff der Irreführung in § 3 UWG	98
a)	Die tatsächliche Verkehrsauffassung	98
b)	Die durch Rechtssatz normierte Verkehrsauffassung	98
c)	Die Verkehrsauffassung bei Umweltzeichen ohne öffentlich-rechtliche Normierung	99
2.	Bedeutungsgehalt der umweltbezogenen Begriffe	100
3.	Aufklärungspflicht über die konkreten Umweltvorteile	101
a)	Begründung der Aufklärungspflicht	101
b)	Anforderungen der Aufklärungspflicht im Einzelnen	102
c)	Pflicht zur Aufklärung über negative Umweltauswirkungen?	104
4.	Umweltwerbung nur auf wissenschaftlicher Grundlage?	105
5.	Irreführung trotz Richtigkeit des behaupteten Umweltvorteils	106
a)	Werbung mit Selbstverständlichkeiten	106
b)	Alleinstellungsbehauptung	107
V.	Wettbewerbliche Relevanz	108
VI.	Ergänzende Interessenabwägung	108

C.	Das Verbot sittenwidriger Handlungen nach § 1 UWG	110
I.	Gefühlsausnutzung	111
1.	Allgemeines zur emotionalen Wirkung der Umweltwerbung	111
2.	Werbung mit umweltschonenden Produkteigenschaften	112
3.	Hinweise auf Umweltsponsoring	112
4.	Sonstige aggressive Werbemethoden	113
II.	Sittenwidrigkeit der Umweltwerbung bei Zweifeln über die Bewertung der Umweltverträglichkeit?	114
III.	Umweltwerbung als unzulässige vergleichende Werbung?	115
IV.	Verstoß gegen wertbezogene Schutzvorschriften	115
D.	Das Verbraucherleitbild bei der Beurteilung der Umweltwerbung	116
I.	Der Wandel des Verbraucherleitbilds	116
II.	Das normative Leitbild des mündigen und ökologiebewussten Verbrauchers	117
1.	Empirisches oder normatives Verbraucherleitbild?	117
2.	Das normative Leitbild des mündigen Verbrauchers	119
3.	Das Verbraucherleitbild bei der Beurteilung der Umweltwerbung: Der mündige und ökologiebewusste Verbraucher	120
E.	Zusammenfassung zu Kapitel 3	121

Kapitel 4: Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im EG-Recht 122

A.	Umweltbezogene Kennzeichnungsregelungen der Mitgliedstaaten als Handelshemmnisse	122
I.	Einschränkung der nationalen Gestaltungsspielräume durch die Warenverkehrsfreiheit	122
II.	Umweltzeichen als „staatliche Maßnahmen“?	124
III.	Nationale Regelungen von Produktkennzeichnungen als „Maßnahmen gleicher Wirkung“	126
IV.	Rechtfertigung von Handelsbeschränkungen durch umweltbezogene Kennzeichnungsregelungen	128
F	1. Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz als Rechtfertigungsgründe für handelshemmende Maßnahmen	128
	a) Die Cassis-de-Dijon-Rechtsprechung	128

b) Die Querschnittsklauseln	128
c) Die Verhältnismäßigkeit von Einschränkungen der Warenverkehrsfreiheit	129
2. Gesundheitsschutz als Rechtfertigungsgrund	130
3. Umweltschutz als Rechtfertigungsgrund	132
a) Zulässigkeit von pfroduktionsbezogenen Kennzeichnungsregelungen?	132
b) Verhältnismäßigkeit	134
• 4. Verbraucherschutz als Rechtfertigungsgrund	134
a) Die gemeinschaftsrechtliche Verbraucherschutzkonzeption	135
b) Anforderungen des Verbraucherschutzes bei der Umweltwerbung	137
c) Zulässigkeit der Inländerdiskriminierung?	137
5. Bezüge zwischen dem Verbraucherschutz und dem Schutz von Umwelt und Gesundheit	138
B. Die Regelung umweltbezogener Produktkennzeichmngen durch das EG-Sekundärrecht	139
I. Die Einschränkung der nationalen Gestaltungsspielräume durch das EG-Sekundärrecht	140
1. Auswirkungen des Sekundärrechts auf das mitgliedstaatliche Recht	140
2. Gründe für die Souveränitätsverkste der Mitgliedstaaten	140
II. Primärrechtliche Vorgaben für die sekundärrechtliche Regelung von umweltbezogenen Produktkennzeichnungen	143
1. Die Grundrechtsrechtsprechung des EuGH	143
a) Begründung der Gemeinschaftsgrundrechte	143
b) Schutzniveau der Gemeinschaftsgrundrechte	144
c) Europäischer Grundrechtsschutz in den Bereichen des Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes	144
2. Grundentscheidungen zum Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz aufgrund des EG-Vertrags	146
a) Gemeinschaftliche Politiken als Kompetenznormen und Rechtsetzungsaufträge	146
b) Die Querschnittsklauseln: Umwelt-, Gesundheits^ und Verbraucherschutz im Rahmen der Binnenmarktpolitik	146
C. Der Schutz der Verbraucher vor irreführender Umweltwerbung durch das EG-Sekundärrecht	147
I. Wettbewerbsrecht: Irreführungsrichtlinie 84/450/EWG	147
1. Teilharmonisierung durch die Irreführungsrichtlinie	147

2. Auswirkungen auf das deutsche Recht	149
II. EG-rechtliches Verbraucherleitbild in speziellen Rechtsakten des Sekundärrechts	150
III. Vorschlag der EU-Kommission zur Regelung von „Green Claims“	150
D. Zusammenfassung zu Kapitel 4	152
Kapitel 5: Umweltbezogene Produktkennzeichnungen im Welthandelsrecht	153
	*
A. Das Verhältnis von Umweltschutz und Handel im Völkerrecht	153
I. Das faktische Übergewicht des Welthandelsrechts	153
n. Die Stellung von Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz im Welthandelsrecht	155
B. Die Stellung des Welthandelsrechts in der Europäischen Gemeinschaft	157
I. Die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten aus dem GATT durch die Gemeinschaft	157
II. Prüfung von EG-Sekundärrecht am Maßstab des Welthandelsrechts?	158
C. Die Vorschriften des Welthandelsrechts mit Bedeutung für Kennzeichnungen	161
I. Diskriminierungsverbote des GATT	161
1. Meistbegünstigungsklausel, Art. I GATT	161
2. Grundsatz der Inländergleichbehandlung, Art. III GATT	162
II. Verbot von nichttarifaren Handelshemmnissen, Art. XI GATT	162
III. Verhältnis von Art. III Abs. 4 und Art. XI GATT	163
IV. Kennzeichnungsregelung des Art. IX GATT	164
V. SPS-Übereinkommen	164
VI. TBT-Übereinkommen	165
VII. Zwischenergebnis zu C.	166
D. Anforderungen des Welthandelsrechts an umweltbezogene Kennzeichnungsregelungen	166
I. Umweltzeichen als „staatliche Maßnahme“?	167
II. Verstoß gegen die Meistbegünstigungsklausel	168

III. Verstoß gegen den Grundsatz der Inländergleichbehandlung	169
1. Unterscheidung von produktbezogenen und produktionsbezogenen Maßnahmen	169
2. Der „aim and effects-Test“	170
3. Die Entscheidung des Appellate Body im Asbest-Fall	170
4. Konsequenzen für die Zulässigkeit umweltbezogener Kennzeichnungsregelungen	172
5. Produktionsbezogene Handelsbeschränkungen als Verstoß gegen Art. XI GATT	172
IV. Rechtfertigung eines GATT-Verstoßes durch umweltbezogene Kennzeichnungsregelungen nach Art. XX GATT	173
1. Umwelt- und Gesundheitsschutz als Rechtfertigungsgrund	174
a) Umwelt und Gesundheit als Schutzgüter der Art. XX lit. b und Art..XXlit. gGATT	
b) Zulässigkeit produktionsbezogener Handelsbeschränkungen	
c) Zweck-Mittel-Relation nach Art. XX lit. b und Art. XX lit. g GATT	
d) Spielraum für vorsorgenden Umweltschutz	
e) Zwischenergebnis	
2. Verbraucherschutz als Rechtfertigungsgrund für Kennzeichnungsregelungen	
3. Anforderungen des Chapeau von Art. XX GATT	
a) Der Chapeau von Art. XX GATT als Erforderlichkeitstest	
b) Die den Handel am wenigsten beschränkende Maßnahme	
c) Vorrang internationaler Verständigung	
d) Anerkennung gleichwertiger Schutzmaßnahmen im Ausland	
e) Verfahrensrechte der Handelspartner, Übergangsregelungen und Technologietransfer	
V. Besondere Anforderungen an technische Vorschriften und Normen: Das TBT-Übereinkommen	
1. Anwendbarkeit des TBT-Übereinkommens auf produktionsbezogene Kennzeichnungsregelungen	
2. Zulässigkeit von umweltbezogenen Kennzeichnungen	
a) Kennzeichnungspflichten	
b) Freiwillige Kennzeichnungen	
VI. Besondere Anforderungen an Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit: Das SPS-Übereinkommen	
1. Überblick über die Anforderungen des SPS-Übereinkommens	
2. Bedeutung internationaler Vorschriften	
3. Wissenschaftliche Begründung	

4. Konsistenz der Risikopolitik	198
5. Der Stellenwert von berechtigten Interessen außerhalb des Gesundheitsschutzes	199
6. Die Beratungen der Codex Alimentarius Kommission zur Rolle der Wissenschaft in der Normungsarbeit der CAK	200
VII. Ausblick: Umweltzeichen in der Einschätzung internationaler Organisationen	201
E. Zusammenfassung zu Kapitel 5	203

Zweiter Teil: Die Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln **205**

Kapitel 1: Gentechnisch hergestellte Lebensmittel vor dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung **207**

A. Anwendungsmöglichkeiten der Gentechnik in der Lebensmittelherstellung	207
B. Gentechnik in der Landwirtschaft aus Sicht des Umweltschutzes	209
I. Ausbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Umwelt	209
II. Indirekte Wirkungen veränderter agronomischer Eigenschaften auf die Umwelt	211
1. Gentechnisch erzeugte Herbizidresistenz	211
2. Gentechnisch erzeugte Insektenresistenz	212
C. Gentechnisch hergestellte Lebensmittel aus ernährungsphysiologischer Sicht	213
I. Mögliche Gesundheitsvorteile gentechnisch hergestellter Lebensmittel	213
II. Gesundheitsrisiken durch Veränderung der Inhaltsstoffe	214
III. Gesundheitsrisiken durch Gentransfer	215
IV. Indirekte gesundheitliche Wirkungen	216
D. Gentechnik in der Landwirtschaft aus ökonomischer Sicht	217
I. Die Frage des betriebswirtschaftlichen Erfolgs gentechnisch veränderter Nutzpflanzen	217
II. Auswirkungen der Gentechnik auf die Marktkonzentration in der Nahrungsmittelproduktion	217
E. Zusammenfassung zu Kapitel 1	218

Kapitel 2:	Gentechnisch hergestellte Lebensmittel aus Sicht der Verbraucher	220
A.	Die Akzeptanz gentechnisch veränderter Lebensmittel als gesellschaftlicher Konflikt	220
B.	Zulassung gentechnisch hergestellter Lebensmittel trotz mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz?	
C.	Bedeutung der Kennzeichnung gentechnisch hergestellter Lebensmittel	
D.	Zusammenfassung zu Kapitel 2	
Kapitel 3:	Allgemeine Fragen der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch hergestellte Lebensmittel	
A.	Die Entwicklung der Kennzeichnungsdiskussion auf EU-Ebene	
	I. Entscheidung für eine gentechnikspezifische Kennzeichnung	
	II. Merkmals- und verfahrensbezogene Kennzeichnungskonzepte	
	III. Die Novel Food-Verordnung und die geplante Neuregelung	
B.	Die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch hergestellte Lebensmittel aus Sicht des Verfassungsrechts	
	I. Eingriff in die Berufsfreiheit	}
	II. Gemeinschaftslegitimes Ziel	
	1. Die Kennzeichnungspflicht als Maßnahme des Umwelt- oder Gesundheitsschutzes	
	a) Merkmalsbezogene Kennzeichnung	
	b) Verfahrensbezogene Kennzeichnung	
	2. Die Kennzeichnungspflicht als Maßnahme zum Schutz besonderer berechtigter Verbraucherinteressen	
	3. Zwischenergebnis	
	III. Geeignetheit	
	IV. Erforderlichkeit	
	V. Angemessenheit	
C.	Die Kennzeichnungspflicht im Kontext sonstiger Bestimmungen für gentechnisch veränderte Lebensmittel	

I. Freisetzungsrichtlinie und Saatgutrecht	238
II. Die Sicherheitsprüfung für gentechnisch hergestellte Lebensmittel und die Freisetzungsrichtlinie	239
III. Bezüge zwischen der Kennzeichnungspflicht und der Sicherheitsprüfung für gentechnisch hergestellte Lebensmittel	240
D. Zusammenfassung zu Kapitel 3	241

Kapitel 4: Die Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln im EG-Recht **243**

A. Die Novel Food-Verordnung und ergänzende Bestimmungen	243
I. Anwendungsbereich der Novel Food-Verordnung	243
1. Produktgruppen neuartiger Lebensmittel	243
2. Produkte, die bereits „in nennenswertem Umfang für den menschlichen Verzehr verwendet“ werden	244
a) Ergänzungsverordnung für transgene Mais- und Sojaprodukte	245
b) Auslegung der „Neuartigkeit“ in sonstigen Fällen	245
c) Wegfall der Neuartigkeit?	246
3. Bereichsausnahme für Zusatzstoffe, Aromen und Extraktionslösemittel	246
a) Ausweitung der Kennzeichnungsregelungen auf Zusatzstoffe und Aromen	246
b) Verbleibende Bedeutung der Bereichsausnahme	247
c) Geltung der Novel Food-Verordnung für gentechnisch hergestellte Enzyme?	248
n. Kennzeichnungspflichtige Lebensmittel	248
1. Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, die herkömmlichen nicht mehr gleichwertig sind	248
a) Das Kriterium der Gleichwertigkeit: gentechnisch veränderte DNA und/oder gentechnisch veränderte Proteine?	249
b) Kennzeichnungsregelung für transgene Mais- und Sojaprodukte	251
c) Konkrete Folgerungen	252
d) Analysemethoden zur Bestimmung der Gleichwertigkeit	253
e) Schwellenwert	254
f) Negativliste	255
g) Dynamik der Gleichwertigkeit?	255

2.	Kennzeichnungspflicht für bestimmte im Lebensmittel vorhandene Stoffe	256
a)	Stoffe, die möglicherweise Auswirkungen auf die Gesundheit bestimmter Bevölkerungsgruppen haben	256
b)	Stoffe, gegen die ethische Vorbehalte bestehen	256
c)	Genetisch veränderte Organismen	257
III.	Art und Weise der Kennzeichnung	258
IV.	Das Problem der Unbestimmtheit der Novel Food-Verordnung	259
B.	Die geplante Neuregelung der Kennzeichnung	261
I.	Verordnung über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel	262
1.	Vorschlag der Kommission	262
a)	Verfahrensbezogenes Kennzeichnungskonzept	262
b)	Geltungsbereich	262
c)	Art und Weise der Kennzeichnung	263
d)	Schwellenwert	264
e)	Auswirkungen auf die geltenden Rechtsvorschriften	265
2.	Entschließung des Europäischen Parlaments	265
3.	Neufassung des Kommissionsvorschlags	266
4.	Politische Einigung des Rates	267
5.	Ausblick	267
II.	Verordnung über Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung	268
III.	Bewertung der geplanten Neuregelung	269
C.	Zusammenfassung zu Kapitel 4	270
 Kapitel 5: Auswirkungen der Kennzeichnungspflicht auf das deutsche Recht		272
A.	Beschränkungsverbot für Lebensmittel, die der Novel Food-Verordnung entsprechen	272
B.	Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht im deutschen Recht	273
I.	Durchsetzung der Kennzeichnungsbestimmungen durch Lebensmittelrecht und Wettbewerbsrecht	273
II.	Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten	274
1.	Kreis der Verantwortlichen	274

2. Anforderungen an die Art und Weise der Kennzeichnung	276
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes	277
C. Zusammenfassung zu Kapitel 5	278
Kapitel 6: Die Kennzeichnung von „gentechnikfreien“ Lebensmitteln	279
A. EG-rechtliche Anforderungen an die Kennzeichnung von „gentechnikfreien“ Lebensmitteln	279
I. Die Erwähnung der Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ in Erwägungsgrund 10 der Novel Food-Verordnung	279
n. Schranken für die Kennzeichnung von Lebensmitteln „ohne Gentechnik“ nach Wettbewerbs- und Lebensmittelrecht	280
1. Das maßgebliche Verbraucherleitbild	280
2., Anforderungen des Irreführungsverbots an Behauptungen der Gentechnikfreiheit	282
B. Die „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung nach deutschem Recht	282
I. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Konkretisierung	282
II. Landesrechtliche Initiativen	283
III. Die bundesrechtliche Regelung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln „Ohne Gentechnik“	284
1. Erfasste Angaben	284
a) Verfahrensbezogene Angaben	284
b) Angaben zu einzelnen Zutaten	285
c) Bezugnahme auf die Gentechnik	286
d) Hinweise auf den ökologischen Landbau als eigenständige „Gentechnikfrei“-Garantie	286
e) Anwendbarkeit auf allgemeine Verpflichtungserklärungen zum Verzicht auf Gentechnik?	286
2. Der verbindliche Wortlaut „Ohne Gentechnik“	287
3. Anforderungen an das Herstellungsverfahren	288
4. Zulässigkeit von Spuren transgenen Materials	289
5. Nachweispflicht; Untersagung der Kennzeichnung	290
6. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten	290

IV. Die Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ und die allgemeinen Bestimmungen des Wettbewerbs- und Lebensmittelrechts	291
1. Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ als vorrangige Spezialregelung	291
2. Allgemeine Schranken für die Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“	291
C. Bezüge zwischen der deutschen „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung und dem EG-Recht	292
• I. Verstoß der „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung gegen die Etikettierungsrichtlinie? *	292
II. Entsprechende gemeinschaftsrechtliche Regelung?	294
III. Vereinbarkeit der „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung mit der geplanten Neuregelung der Kennzeichnungsvorschriften?	294
D. Zusammenfassung zu Kapitel 6	295
Kapitel 7: Die Kennzeichnung von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln aus Sicht des Völkerrechts	296
A. Anhaltspunkte für eine gentechnikspezifische Kennzeichnungspflicht im Völkerrecht	297
I. Das Biosafety Protokoll "	297
II. Arbeiten der Codex Alimentarius Kommission an Kennzeichnungsvorschriften für gentechnisch veränderte Lebensmittel	299
B. Die Kennzeichnungspflicht nach der Novel Food-Verordnung als Handelshemmnis?	300
I. Prüfungsmaßstab	300
II. SPS-Übereinkommen v	301
III. TBT-Übereinkommen und GATT	302
1. Grundsatz der Inländergleichbehandlung	302
2. Erforderlichkeit der Kennzeichnungspflicht	303
3. Verfahrensrechtliche Pflichten "	304
C. Die geplante verfahrensbezogene Kennzeichnungspflicht als Handelshemmnis?	305
I. Vergleich mit der Novel Food-Verordnung	305
II. TBT-Übereinkommen und GATT	306
1. Inländergleichbehandlung	306

2. Erforderlichkeit	307
D. Die Regelungen zur Kennzeichnung von Lebensmitteln „Ohne Gentechnik“ als Handelshemmnis?	309
E. Zusammenfassung zu Kapitel 7	310
Kapitel 8: Lösung des Konflikts um die Gentechnik durch Kennzeichnung?	311
A. Die Kennzeichnung gentechnisch hergestellter Lebensmittel in der Praxis	311
B. Ist Transparenz durch Kennzeichnung machbar?	312
C. Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Debatte über eine nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung	313
Dritter Teil: Die Kennzeichnung von Lebensmitteln aus ökologischer Landwirtschaft	315
Kapitel 1: Die ökologische Landwirtschaft vor dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung	317
A. Merkmale der ökologischen Landwirtschaft	317
B. Die ökologische Landwirtschaft aus Sicht des Umweltschutzes	318
I. Umweltauswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion	318
II. Umweltauswirkungen von Verarbeitung, Transport und Vermarktung	320
C. Öko-Lebensmittel aus ernährungsphysiologischer Sicht	322
I. Gehalt an gesundheitlich relevanten Inhaltsstoffen	> 322
II. Die Produktionsweise selbst als gesundheitlicher Wert	323
D. Die ökologische Landwirtschaft aus ökonomischer Sicht	323
E. Zusammenfassung zu Kapitel 1	324

Kapitel 2:	Ökologisch hergestellte Lebensmittel aus der Sicht der Verbraucher	325
A.	Die Wertschätzung für Produkte aus ökologischem Anbau	325
B.	Begrenzende Faktoren für die tatsächliche Kaufbereitschaft	326
I.	Der hohe Preis	326
II.	Der schillernde Begriff „Natur“	327
III.	Das unklare Profil des Öko-Landbaus	327
IV.	Öko-Lebensmittel und Genuss	329
V.	Die Beschränktheit und mangelnde Verfügbarkeit des Angebots	330
C.	Die Bedeutung von staatlichen Kennzeichnungsregelungen für Öko-Lebensmittel	330
D.	Zusammenfassung zu Kapitel 2	331
Kapitel 3:	Kennzeichnungskonzepte für Öko-Lebensmittel	332
A.	Die beschaffenheitsbezogene Konzeption des deutschen Kennzeichnungsrechts	332
B.	Die verfahrensbezogene Konzeption der Öko-Verordnung	333
C.	Die gegensätzlichen Kennzeichnungskonzeptionen für Öko-Lebensmittel aus verfassungsrechtlicher Sicht	334
D.	Zusammenfassung zu Kapitel 3	• 335
Kapitel 4:	Die Kennzeichnungsvorschriften der EG-Öko-Verordnung	336
A.	Produktbezogener Anwendungsbereich	336
I.	Pflanzliche und tierische Erzeugnisse	336
II.	Nicht verarbeitete und zum Verzehr bestimmte Agrarerzeugnissen	337
B.	Kennzeichnungsbezogener Anwendungsbereich	338
I.	Hinweise auf den ökologischen Landbau	338

II. Unterscheidung von produktionsbezogenen und produktbezogenen Angaben	338
III. Bezugnahmen auf den integrierten Landbau	339
C. Der Kennzeichnungstatbestand	340
I. Einhaltung der Erzeugungs- und Kontrollvorschriften	340
II. Besondere Vorschriften für zum Verzehr bestimmte Erzeugnisse	341
1. Anteil von Zutaten aus ökologischem Anbau	341
2. Anforderungen an die Verarbeitung	342
III. Erzeugnisse aus Umstellungsbetrieben	342
IV. Ausnahme für Altmarken	343
V. Kontrollvermerk und Prüfsiegel	343
D. Erzeugungsvorschriften nach der Öko-Verordnung und nach den Richtlinien der deutschen Anbauverbände	344
E. Kontrollvorschriften	346
I. Anforderungen des Kontrollverfahrens	346
II. Private Kontrollstellen und staatliche Aufsicht	346
F. Das Anerkennungsverfahren für Importe aus Drittstaaten	347
I. Die Verfahren zur Anerkennung der Gleichwertigkeit	347
II. Voraussetzungen für die Anerkennung der Gleichwertigkeit	348
III. Die Kontrollbescheinigung	349
G. Zusammenfassung zu Kapitel 4.	350
Kapitel 5: Auswirkungen der Öko-Verordnung auf das deutsche Recht	352
A. Die frühere Rechtslage in Deutschland: § 17 Abs. 1 Nr. 4 LMBG	352
I. Erfordernis absoluter Rückstandsfreiheit	352
II. Hinweise auf den ökologischen Landbau als naturbezogene Angaben im Sinn von § 17 Abs. 1 Nr. 4 LMBG?	353
III. Umorientierung durch die „Naturkind“-Entscheidung des BGH	355
IV. Die Auswirkungen des EG-Rechts auf § 17 Abs. 1 Nr. 4 LMBG	356

B.	Die Beurteilung von naturbezogenen Angaben nach geltendem Recht	358
I.	Die allgemeinen Irreführungstatbestände und das Beschränkungsverbot der Öko-VO	358
II.	Die verbleibende Bedeutung der Irreführungstatbestände	359
1.	Behauptung eines höheren gesundheitlichen Wertes	359
2.	Hinweise auf die Anbaurichtlinien der deutschen Öko-Landbauverbände	360
3.	„Natur“-Werbestrategien	361
C.	Durchsetzung der Öko-VO durch die Irreführungsverbote des deutschen Rechts	362
I.	Verstoß gegen § 17 Abs. 1 Nr. 5 b LMBG bei Verletzung der Kennzeichnungsvorschriften der Öko-VO?	362
II.	Verstoß gegen das deutsche Wettbewerbsrecht durch Verletzung der Kennzeichnungsbestimmungen der Öko-Verordnung?	363
1.	§ 1 UWG v	363
2.	§ 3 UWG •	364
D.	Folgen eines Verstoßes gegen die Kennzeichnungsbestimmungen für das Bio-Siegel	364
E.	Zusammenfassung zu Kapitel 5	365
Kapitel 6:	Die Kennzeichnung von Öko-Lebensmitteln aus Sicht des Völkerrechts	366
A.	Internationale Kennzeichnungsregelungen für Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft y *	366
I.	Die Verbandsrichtlinien der IFOAM und die Richtlinien der Codex Alimentarius Kommission	366
II.	Die CAK-Richtlinien zu Öko-Lebensmitteln im Einzelnen	367
1.	Bedeutung der CAK-Richtlinien für die welthandelsrechtliche Beurteilung	367
2.	Inhalt der CAK-Richtlinien	367
B.	Die Kennzeichnungsregelungen der Öko-Verordnung als Handelshemmnis?	369
I.	Prüfungsmaßstab: Das TBT-Übereinkommen	369
II.	Grundsatz der Inländergleichbehandlung	369
III.	Erforderlichkeitstest ,	370
IV.	Anforderungen an die Konformitätsbewertung	370

V. Verhaltenskodex	371
C. Zusammenfassung zu Kapitel 6	371
Kapitel 7: Nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung durch Kennzeichnung?	372
A. Bewertung des Kennzeichnungssystems für Öko-Lebensmittel »	372
B. Die Erforderlichkeit weiterer Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Nahrungsmittelerzeugung •	373
Ergebnisse in Thesen	375
Anhang: Graphische Darstellungen umweltbezogener Produktkennzeichnungen	383
Abkürzungsverzeichnis	387
Literaturverzeichnis	392
Verzeichnis sonstiger Quellen	413